

# Noch kein Aufatmen

## Neue Debatten nach der Verabschiedung des Reproductive Health Bill

von  
Lena Peters

Die Autorin studiert an der Universität Hamburg »Sprachen und Kulturen Südostasiens« und schreibt derzeit ihre Bachelorarbeit über die Implementierung des RH Bills. Von Oktober 2012 bis März 2013 war sie an der Ateneo de Manila University und hat zu dem Thema geforscht.

Als am 19. Dezember 2012 nach jahrelangem Kampf die Reproductive Health Bill (kurz: RH Bill) verabschiedet wurde, war bei vielen die Erleichterung groß. Doch bereits wenige Wochen später wurden beim obersten Gerichtshof insgesamt zehn Klagen eingereicht, hauptsächlich von katholischen Organisationen, mit der Begründung die RH Bill würde gegen die Verfassung verstoßen. Am 19. März 2013 verkündete das Gericht daraufhin die Aussetzung der Implementierung für 120 Tage.

Für Mädchen wie Clara kann diese erneute Verzögerung fatale Folgen haben. Ihr erstes Kind bekam sie mit 13, nachdem sie von einem Bekannten zum Sex gezwungen wurde. Auf Druck ihrer Mutter musste sie von nun an mit ihm zusammen leben. Nach der Geburt ihres Kindes wollte sie wieder zur Schule gehen und die Pille nehmen, aber ihr Partner lehnte dies ab. Die Pille hätte zu starke Nebenwirkungen. Er schlug stattdessen vor mit Zahnpasta zu verhüten, da er dies von einem Freund gehört habe. Vier Monate später war Clara wieder schwanger.

Fälle wie diese sind auf den Philippinen, dem Land mit dem größten Bevölkerungswachstum in Südostasien, keine Seltenheit.

Eine Implementierung des RH Bill, welche vor allem einen freien Zugang zu verlässlichen Verhütungsmitteln, sexuelle Aufklärung an Schulen und eine medizinische Versorgung von Müttern und Neugeborenen garantieren soll, würde solche Schicksale in Zukunft vermeiden. Doch nach der aktuellen Entscheidung des obersten Gerichtshofes ist eine baldige Implementierung ungewiss.

### Der Weg zur Durchsetzung

Erste Ansätze zur RH Bill gab es bereits vor vierzehn Jahren, doch erst seit die ultrakonservative und streng katholische Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo im Jahr 2010 durch Benigno Aquino ersetzt wurde, kam Hoffnung für eine Abstimmung im Kongress auf. Dennoch schafften es die Gegner des Gesetzes diese lange hinauszuzögern, weshalb auch kaum jemand damit gerechnet hatte, dass es im Jahr 2012 noch zu einer Abstimmung kommen würde. Bis zuletzt versuchte man einen Kompromiss auszuhandeln, der sowohl Gegner als auch Befürworter zufrieden stellen würde. Doch obwohl der Entwurf an einigen

Stellen verändert wurde, um den Gegnern entgegen zu kommen und Provokation zu vermeiden, waren die Fronten so verhärtet, dass eine Einigung in unerreichbarer Ferne war. Daraufhin sah Präsident Aquino ein, dass weitere Diskussionen zu keinem Ergebnis führen würden und legte die Termine für die Abstimmungen im Repräsentantenhaus und Senat auf Mitte Dezember. Er wollte noch vor Jahresende ein Ergebnis vorliegen haben.

Der Prozess der Gesetzesbildung auf den Philippinen erfordert insgesamt drei Lesungen des Entwurfes im Kongress, bestehend aus Repräsentantenhaus und Senat. Während die erste Lesung lediglich dazu dient den Entwurf vorzustellen, erfolgen bei der zweiten und dritten Lesung die Abstimmungen. Der Druck, den die Kirche kurz vor diesen Terminen ausübte, war immens. Da es ihnen an stichhaltigen Argumenten fehlte, beschränkten sich die Bischöfe darauf Drohungen auszusprechen und Angst unter den Kongressmitgliedern zu verbreiten. Ein Bischof behauptete sogar, der Taifun Pablo, der im selben Monat mehrere hundert Menschen in den Tod gerissen hatte, sei die Strafe Gottes dafür, dass die Regierung einen Termin zur Abstimmung festgelegt hatte. Dennoch ließen sich die meisten PolitikerInnen davon nicht beeinflussen.

Am Morgen des 13. Dezembers 2012 stimmte das Repräsentantenhaus bei der zweiten Lesung mit 113 zu 109 Stimmen für die RH Bill, während sich fünf Abgeordnete enthielten.

Die Abstimmung im Senat erfolgte fünf Tage später, am 18. Dezember. Auch hier fiel die Entscheidung mit 13 zu acht Stimmen, bei zwei abwesenden Senatoren, für den Gesetzesentwurf aus.

Im Zuge des Anti-RH Bill Protestes im März 2012 verteilten Banner wie diese den Gesetzesentwurf. Foto: Michael Reckordt



Die dritte Lesung und finale Abstimmung in beiden Häusern erfolge noch am selben Tag. Dieses Mal stimmten im Repräsentantenhaus sogar 133 Abgeordnete für das Gesetz und 79 dagegen. Das Ergebnis im Senat fiel wieder 13 zu acht Stimmen aus. Zu diesem Zeitpunkt existierten noch zwei verschiedene Entwürfe in beiden Häusern. Ein Komitee fügte beide Versionen am 19. Dezember zu einer endgültigen Fassung zusammen, welche dann noch am selben Tag erneut dem Kongress vorgelegt und ratifiziert wurde.

### Der Glaube und die Fakten

Bereits kurz nach der Unterzeichnung durch den Präsidenten am 21. Dezember, äußerte Edcel Lagman, einer der führenden Politiker im Kampf für den RH Bill, dass PolitikerInnen und AktivistInnen sich jetzt dennoch nicht zurücklehnen dürften, sondern die Implementierung genauestens überwachen müssten. Zum einen sei die Finanzierung ein Thema, bei dem es in Zukunft viele Diskussionen geben werde. Bei den kommenden Kongresswahlen im Mai, sei es daher wichtig Kandidaten zu unterstützen, die die RH Bill befürworten, damit genug Budget für die Umsetzung einplant werde. Zum anderen müsse man ein Auge auf die zunehmende Anzahl an Klagen haben.

Zu diesem Zeitpunkt lagen dem Supreme Court bereits sechs Klagen vor. Diese kamen, neben einigen Privatpersonen, von verschiedenen katholischen Organisationen, dazu zählen Catholic Xybrspace Apostolate of the Philippines, Serve Life Cagayan De Oro City, Task Force for Family and Life Visayas, Inc. und die Alliance for the Family Foundation Philippines, Inc.

Das Hauptargument aller Kläger ist dasselbe: Der RH Bill verstoße gegen die philippinische Verfassung, da moderne Verhütungsmittel wie die Pille, die Spirale oder Kondome Abtreibungsmittel seien und Abtreibung laut Verfassung unter allen Umständen verboten ist. Außerdem würde die RH Bill die Grundwerte des katholischen Glaubens angreifen, Promiskuität fördern und Leben zerstören. Von einer »Kultur des Todes« war die Rede.

Mit diesen Aussagen verhöhnt die Kirche alle philippinischen Frauen, die jedes Jahr an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt sterben. Laut dem United Nations Population Fund gibt es jeden Tag durchschnittlich elf dieser Fälle. Das Tragische daran ist, dass die meisten dieser Todesfälle einfach zu vermeiden wären, wenn alle Frauen während der Schwangerschaft, der Geburt und auch nach illegalen Abtreibungen medizinisch betreut werden würden und Zugang zu verlässlichen Verhütungsmethoden bestünde.

Laut Studien des Guttmacher Instituts sind mehr als die Hälfte aller Schwangerschaften auf den Philippinen ungewollt. Der wichtigste Grund hierfür ist die mangelnde Bildung im Bereich der Familienplanung. Die meisten Frauen wissen nicht, wann sie schwanger werden können, wie sie effektiv verhüten können oder befürchten Nebenwirkungen von Verhütungsmitteln. Bei der armen Bevölkerung spielt darüber hinaus auch der Kostenfaktor eine Rolle.

### Weiter warten

Ursprünglich sollte die Implementierung am Oster-sonntag, den 31. März 2013 beginnen. Ein Datum, das zufällig gewählt worden war, die Kirche aber weiter in Rage versetzte.

Doch zu einer so schnellen Umsetzung sollte es nicht kommen. Obwohl das oberste Gericht noch im Februar versicherte, die Implementierung werde, unabhängig von den Klagen, anlaufen, folgte im März die überraschende Wende. Am 19. März ließ der Gerichtshof verkünden, die Implementierung werde für 120 Tage ausgesetzt, um genug Zeit zu haben, alle Klagen ausreichend zu bearbeiten.

Eine erste Anhörung wurde auf den 18. Juni gelegt, bei der Regierungsvertreter und die zehn Kläger ihre Argumente vor dem obersten Gerichtshof vorbringen werden. Trotz der gestoppten Implementierung zeigen sich die meisten Politiker und Organisationen optimistisch, dass das Gesetz doch noch in Kraft treten wird. Man kann nur hoffen, dass sich dieser Optimismus bestätigt, der oberste Gerichtshof den RH Bill für verfassungskonform erklärt und somit tausenden Müttern und Kindern eine bessere Zukunft ermöglicht.